

Wohnungsbau hinkt hinterher

STUTTGART *OB Kuhn verpasst eigene Ziele – S21 verzögert auch Bau des Rosensteinquartiers*

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

Die Landeshauptstadt gilt beim Wohnen als eine der teuersten Städte in Deutschland. Seit Jahren hinkt Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) beim Wohnungsbau den selbst formulierten Zielen hinterher. Wenn sich die Fertigstellung des neuen Bahnhofs tatsächlich um drei Jahre verzögert, kommen auch die langfristigen Planungen für das neue Quartier auf den heutigen Gleistrassen ins Rutschen. „Extrem schwierig“ wäre es, wenn die Bahn die Flächen erst 2024 übergeben würde, räumt Kuhn auf Anfrage ein.

Kuhn hat bei seinem Amtsantritt im Wohnungsbau einen Neustart versprochen. 600 geförderte Mietwohnungen im Jahr formulierte der Grünen-OB als sein Ziel, davon sollte die Hälfte Sozialwohnungen sein. Zur Mitte seiner achtjährigen Wahlperiode habe Kuhn dieses Ziel „meilenweit verfehlt“, rechnet Martin Körner vor, der Chef der SPD-Gemeinderatsfraktion. Pro Jahr seien zwischen 2013 und 2016 gerade einmal 55 geförderte Wohnungen fertig gestellt worden.

Sozialwohnungen Noch größer ist die Lücke nach Körners Angaben bei den städtischen Sozialwohnungen: „Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit besonders weit auseinander“, stellt der SPD-Politiker fest. Statt 300 seien pro Jahr gerade

einmal 16 Sozialmietwohnungen fertiggestellt worden.

Die einwohnerstarke Landeshauptstadt hinkt auch 2017 weit hinterher. Bis Oktober hatten die Stadt- und Landkreise im Südwesten Fördergeld für 1133 Mietwohnungen beantragt. Spitzenreiter war nach der Aufstellung des Wirtschaftsministeriums der Ortenaukreis mit 160 Einheiten, gefolgt von der Stadt Mannheim mit 135. Die beiden Universitätsstädte Heidelberg und Konstanz liegen mit jeweils gut 50 Wohnungen sogar noch vor der Landeshauptstadt Stuttgart, das nur Anträge für 49 Sozialwohnungen eingereicht hat.

Bei der Stadt Stuttgart sieht man sich in diesem Jahr trotzdem auf einem guten Weg: Bis Mitte November hätten Bauträger Pläne für 321 Sozialwohnungen eingereicht. Geför-

derte Wohnungen würden es sogar 411, erklärt der Sprecher.

SPD-Mann Körner ist damit lange nicht zufrieden. „Mit seinen kritischen Anmerkungen zum Neubau ist Fritz Kuhn auf dem wohnungspolitischen Holzweg“, kritisiert der Chef der Gemeinderatsfraktion. Er verweist auf die stark gestiegenen Mieten in Stuttgart, die bei Neuvergaben bei durchschnittlich 12 Euro je Quadratmeter liegen. Stuttgart sei damit hinter München das „zweitteuerste Pflaster in ganz Deutschland“.

Selbst die eigenen Parteifreunde gehen Kuhn inzwischen von der Fahne. Die Grünen verhalten kürz-

„Stuttgart ist das zweitteuerste Pflaster in Deutschland.“

Martin Körner, SPD



Neuer Wohnraum in Stadt und Landkreis

Die **Stadtsiedlung Heilbronn** hat 2017 keine Mietwohnung fertiggestellt, aber andere Projekte. Für 2018 rechnet Prokurist Joachim Beuchert mit 130 neuen Wohnungen. An der Böllinger Straße werden 35 Wohnungen gefördert, von 95 im Neckarbogen 30 bis 40 Prozent.

Die **Stadt Heilbronn** baut auf Wachstum. Laut einem Aktionsprogramm von 2015 sollen bis 2020 min-

destens 2000 neue Wohnungen entstehen. Davon baut die Stadtsiedlung rund 500, davon 200 öffentlich gefördert.

Im Landkreis hat die **Gewo** 2017 neun nicht geförderte Wohnungen fertiggestellt. 2018 rechnet sie mit 36. Auf die Frage, ob steigender Bedarf durch Neubauten befriedigt werden könne, meint Gewo-Vorsitzender Michael Günther: „Genau so wenig wie in der Stadt.“ *bü*

lich im Gemeinderat einem Antrag der SPD zur Mehrheit. Das stadt-eigene Wohnungsunternehmen SWSG soll seinen Bestand von 18000 auf 30000 Wohnungen erhöhen. Die Stadt wird aufgefordert, für dieses Ziel Vorkaufsrechte auszuüben, neue Schutzsatzungen zu erlassen und mehr Grundstücke zu kaufen.

Illusionen Der Mieterverein hat sich mit dem Haus- und Grundbesitzerververein zusammengetan. Gemeinsam fordern sie den Bau von jährlich 5000 neuen Wohnungen in Stuttgart. Für Kuhn ist das „Illusionstheater“. Damit müsste die Stadt das Ziel der Innenentwicklung aufgeben. Realistisch seien 1800 neue Wohnungen im Jahr. Das habe man zwischen 2012 und 2015 mit jeweils 1900 Einheiten sogar leicht überschritten.

Dabei hat Kuhns Verwaltung selbst für die nächsten sechs Jahre ein Potenzial von insgesamt 24000 neuen Wohnungen aufgelistet. Allerdings sind 7500 Einheiten auf dem sogenannten Rosensteinquartier eingerechnet, wo einstweilen noch Züge verkehren. Nun geht die Bahn davon aus, dass die Gleise erst 2024 freigegeben werden können, was den Wohnungsbau dort um drei Jahre verzögern würde.

Unterdessen hat sich die SPD auf Landesebene den Wohnungsmangel als Streitthema ausgesucht. Der Abgeordnete Daniel Born kündigt eine landesweite Aktion an: „Wir werden jeden unserer Kreisverbände auffordern, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.“